

DER DISKURS HAT FOLGEN

von Klaus Breyer

# PARIS, DIE KOHLE UND DER STRUKTURWANDEL

Der Weltklimagipfel von Paris hat hoffnungsvolle Zeichen gesetzt. Deutschland, das Land der Energiewende, hat nun die Chance zu zeigen, dass die Dekarbonisierung eines komplexen Wirtschaftssystems möglich ist. Das Institut für Kirche und Gesellschaft ruft Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf, alle notwendigen Schritte für das Erreichen des 1,5- bis Zwei-Grad-Ziels einzuleiten.



BLICK IN DIE AUSSTELLUNG SOLUTIONS COP21.

Die Folgen des Klimawandels sind längst unmittelbar zu beobachten. Die, die am wenigstens zu ihm beigetragen haben, die ärmsten Länder und in diesen Ländern die besonders Benachteiligten, sind am stärksten von seinen Auswirkungen betroffen. Der Klimawandel untergräbt Entwicklung, verfestigt und verschärft Armut und treibt Millionen von Menschen in die Flucht. Schon heute ist er eine der größten Fluchtursachen weltweit.

Auf unserem Planeten reisen wir nicht alleine. Wir tragen nicht nur Verantwortung für unser eigenes Leben. Wir tragen auch (Mit-)Verantwortung dafür, dass Menschen in Nord und Süd sowie heutige und nachfolgende Generationen menschenwürdig leben können.

Die Staatengemeinschaft hat auf dem Weltklimagipfel in Paris ein hoffnungsvolles Zeichen globaler Verantwortung gesetzt. Das völkerrechtlich verbindliche Ziel, die durchschnittliche Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen, ist mit einer ambitionierten Klima- und Energiepolitik (noch!) erreichbar. Wegweisend ist hierfür das verabschiedete Verfahren, mit dem die nationalen Beiträge zum Klimaschutz im Fünf-Jahres-Rhythmus überprüft und die Ambitionsniveaus verbessert werden können. So kann, 2018 beginnend, die notwendige zusätzliche Dynamik beim Ausbau der Erneuerbaren, bei der Verbesserung der Ressourceneffizienz, beim Aufbau klimafreundlicher Infrastrukturen und dem Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung entstehen. Dies ist auch bitter nötig, da die in Paris vorgelegten Klimaprogramme unzureichend sind und zu einer Temperaturerhöhung von 2,7 bis drei Grad führen, wenn sie nicht nachgebessert werden. Nun müssen entsprechende Taten folgen. Konkret bedeutet das: 80 % der heute bekannten Kohlereserven, 30 % des Erdöls sowie 50 % des Erdgases müssen



SOLUTIONS COP21 WAR DER TITEL DES RAHMENPROGRAMMS ZUM WELTKLIMAGIPFEL 2015.

## DEUTSCHLAND WIRD ALS LAND DER ENERGIEWENDE WELTWEIT ALS VORBILD WAHRGENOMMEN

unangetastet bleiben, um die globale Erderwärmung in (vermutlich!) noch beherrschbaren Bahnen zu halten. Der zügige und konsequente Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung ist daher von entscheidender Bedeutung.

Deutschland steht hier in einer besonderen Verantwortung, nicht nur als Land, dessen industrielle Vergangenheit viel zum bisherigen Klimawandel beigetragen hat. Deutschland wird als Land der Energiewende weltweit als Vorbild wahrgenommen und hat die Chance zu zeigen, dass konsequenter Klimaschutz und die Dekarbonisierung eines komplexen Wirtschaftssystems machbar sind.

Bisher konnte Klimapolitik in Deutschland noch in weiten Bereichen nach dem Leitsatz »allen wohl und keinem wehe« gestaltet werden. Klimaschutz ist jedoch nicht ohne Strukturwandel zu haben. Die härter werdenden politischen Auseinandersetzungen zwischen Erneuerern und Bewahrern sind ein sicheres Zeichen, dass der grundlegende Wandel kurz bevorsteht, ein Wandel, bei dem es Gewinner und Verlierer geben wird.

Fast alle Studien gehen davon aus, dass die gültigen Klimaschutzziele für Deutschland (2020: 40 %, 2030: 55 %, 2040: 70 %, 2050: 80–95 %) nur durch einen Komplettausstieg aus der Kohleenergie bis spätestens 2040 erreicht werden. Die unbestreitbar große Rolle der fossilen Ener-

gieträger bei der industriellen Entwicklung geht zu Ende. Um Risiken zu minimieren, ziehen sich bereits heute immer mehr Investoren aus Unternehmen zurück, deren Geschäftstätigkeit durch Exploration, Handel und Umwandlung von fossilen Energieträgern geprägt ist. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind die neuen globalen Wachstumsmärkte, in denen Deutschland sein Know-how erfolgreich einsetzen kann.

Wie kann der Strukturwandel gelingen? Wie kann er gestaltet und wie können aus Verlierern des Strukturwandels letztlich Gewinner werden?

Der Ausstieg aus der Kohleenergie ist ein legislaturperioden- und generationenübergreifendes Projekt. Der Kohleausstieg darf daher politisch nicht ständig infrage gestellt werden. Er muss auf eine breite Basis gestellt und als Gemeinschaftsaufgabe möglichst (!) im Konsens mit allen wichtigen Akteuren vorangetrieben werden.

Der mit dem Ausstieg verbundene Strukturwandel muss konsequent sozialverträglich gestaltet werden. Je länger der Beginn des Strukturwandels hinausgezögert wird, umso größer wird die Gefahr, dass es zu einem kurzfristigen und von massiven sozialen und wirtschaftlichen Brüchen gekennzeichneten Umstellungsprozess kommt. Wichtig ist daher, dass frühzeitig die betroffenen Standorte und Regionen eine langfristige Planungssicherheit erhalten und sich auf die Veränderungen einstellen können. Die existenziell Betroffenen erwarten zu Recht die politische und gesellschaftliche Unterstützung.

Wenn aus Strukturfonds Strukturfördermaßnahmen punktgenau für die betroffenen Regionen entwickelt und umgesetzt werden, können Struk-

turbüchle vermieden werden. Um die Zukunftsfähigkeit der betroffenen Regionen zu stärken, muss »Gute Arbeit« in allen heutigen und zukünftigen Wirtschaftsbereichen umgesetzt werden.

Zu beachten ist, dass die energieintensive Industrie nicht ihre Wettbewerbsfähigkeit verliert und sich weiterentwickeln kann. Ihre Abwanderung in Länder mit geringeren Umweltstandards wäre auch unter arbeitsmarkt- und klimapolitischen Gesichtspunkten kontraproduktiv. Meines Erachtens weist Agora zu Recht darauf hin, dass der »bevorstehende Strukturwandel mit deutlich höheren Erfolgsaussichten mit den Betroffenen gestaltet und bewältigt werden kann als die weit größer dimensionierten Vorbilder« vergangener Jahrzehnte.

Als Kirche rufen wir Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf, alle notwendigen Schritte für das Erreichen des 1,5- bis max. Zwei-Grad-Ziels einzuleiten und konsequent umzusetzen. **Dazu gehören unseres Erachtens:**

- ein nationales Klimaschutzgesetz, welches den Kohleausstieg bis 2040 sowie die mittel- und langfristigen Klimaschutzziele Deutschlands festschreibt und Rechts- und Planungssicherheit gibt,
- ein runder Tisch »Strukturwandel/Kohleausstieg«, der die Hauptblockaden der Energiewende behandelt und konstruktiv löst sowie die Grundlagen für eine Roadmap zum sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung schafft, und
- ein Plan zur sozialverträglichen Gestaltung der Energiewende, der unter breiter Beteiligung aller wichtigen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet wird. Dieser Plan ist regelmäßig zu evaluieren und partizipativ weiterzuentwickeln

In NRW sind das Klimaschutzgesetz und die Aufstellung des Klimaschutzplans eine gute Grundlage für die notwendigen weiteren Entwicklungsschritte. Die Evaluierung und Weiterentwicklung des Klimaschutzplans sollte im Lichte der Pariser Beschlüsse mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung erfolgen.

#### WÄHREND DER ERÖFFNUNG DER UN-KLIMAKONFERENZ IN PARIS 2015



**: KLAUS BREYER**

*Pfarrer Klaus Breyer ist seit 2009 Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft (IKG) in Schwerte-Villigst. Zuvor arbeitete er als Studienleiter an der Evangelischen Akademie sowie als Umweltbeauftragter der westfälischen Kirche mit Arbeitsschwerpunkten in den Bereichen Umweltethik, Nachhaltige Entwicklung sowie Energie- und Klimapolitik. Das IKG ist das Zentrum für die gesellschaftliche Arbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen. Klaus Breyer ist Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des KlimaDiskurs.NRW e. V.*

[www.kircheundgesellschaft.de](http://www.kircheundgesellschaft.de)

Auch in NRW sollten möglichst bald Diskurse über einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleenergie aufgenommen werden. Sie können einen wichtigen Beitrag zu einem nationalen Kohlekonens leisten. Auch die Arbeit der Initiative Klimadiskurs NRW gewinnt in diesem Zusammenhang noch weiter an Bedeutung, geht es dem Klimadiskurs doch zentral darum, blockierende Interessengegensätze herauszuarbeiten, um auf sachliche und faire Weise Konvergenzen und Möglichkeiten des gemeinsamen Vorgehens beim Klimaschutz auszuloten.

Als Kirche sind wir gerne bereit, uns an diesen gesellschaftlichen Diskursen zu beteiligen. Auch unternehmen wir im eigenen institutionellen Bereich große Anstrengungen, damit der Klimaschutz vorankommt. ↑

# DIE LOBBY FÜR GEMEINSAMES HANDELN

von Ulrike Schell

Klimaschutz, Energie- und Industriepolitik so zu verbinden, dass Klimaschutz möglich ist und der Industriestandort erhalten wird, ist eine enorme Herausforderung. In Nordrhein-Westfalen, dem größten Industrie- und Energiestandort Deutschlands, bringt der KlimaDiskurs.NRW e. V. seit drei Jahren die wesentlichen Akteure trotz der Interessengegensätze zum Diskurs zusammen.

»Die Menschheit steht vor einer ihrer größten Herausforderungen: der Abwendung eines in seinen Auswirkungen katastrophalen Klimawandels. Konsequenter Klimaschutz und die Anpassung an den nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel sind wesentlich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung...« Dieser Satz aus dem Gründungsdokument des Vereins beschreibt die Dimension der Aufgabe.

#### NRW – Schlüsselfunktion in der nationalen Klima- und Energiepolitik

Die Energiewende erfordert eine tief greifende Transformation des Energiesystems. Das stellt auch das Land Nordrhein-Westfalen und Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen: Denn NRW nimmt in der nationalen Klima- und Energiepolitik eine Schlüsselfunktion ein. Hier wird ein Drittel der Energie in Deutschland produziert. Eine dichte Industrieinfrastruktur mit Grundstoff- und Chemieindustrie sowie mit vielen energieintensiven Unternehmen prägt die Wirtschaftsstruktur. Daraus ergibt sich, dass das Land zu den größten Produzenten von Treibhausgasen gehört.

Die Mission des Landes ist es, den Klimaschutz und die Energiewende mit dem Erhalt und der Weiterentwicklung des Industriestandortes zu verbinden. Naturgemäß ergeben sich dabei Interessenkonflikte der unterschiedlichen Akteure. →